

Initiative fordert Schießverbot

Warder/Groß-Vollstedt - Der Ruf der Bürgerinitiative "Naturpark ohne Schießlärm" nach einem Schießverbot auf der Anlage in Warder wird immer dringlicher. Am Mittwoch informierte die Interessensgemeinschaft über das Bodengutachten, das der Kreis erstellen ließ. Rund 30 Besucher kamen.



30 Jahre Betrieb auf dem Schießstand in Warder haben ihre Spuren hinterlassen. Blei, Arsen und Antimon belasten die Fuhlenau und das umgebende Gelände erheblich. "Im Bereich der Fuhlenau sind fünf Hektar betroffen", sagte Initiativen-Vorsitzender Eckhard Helmbold. Im Bereich des Walls kämen nochmals sechs Hektar hinzu. Das Gutachten empfiehlt eine Einzäunung des Geländes, um Kinder fernzuhalten. Schilder sollen die Bevölkerung aufklären, die Fuhlenau selbst sowie benachbarte Drainagegräben sollten ausgebaggert, das Grünland nicht mehr bewirtschaftet werden. "Warum wird noch immer geschossen, wenn so ein Gutachten mit solchen Aussagen vorliegt?", kam die Frage aus dem Publikum. Viele Zuschauer nickten zustimmend.

Die empfohlene Einzäunung betrachteten die Anwesenden skeptisch. "Das wird wieder ein Stacheldrahtzaun sein, durch den die Tiere hindurch können", sagte Helmbold. Gründelnde Enten und äsende Rehe seien ebenso wie die Menschen durch die Schadstoffe gefährdet. "Die Enten müssten die Mägen schon voller Blei haben."

Sorgen macht den Bürgern auch der Parkplatz der Schießanlage. Der Betreiber habe die Scherben der zerschossenen Wurfscheiben gesammelt und damit den Platz befestigt. "Es könnte sein, dass beim Zerspringen der Scheiben krebserregende Stoffe freigesetzt werden", sagte Helmbold. "Bei trockenem Wetter würden sie als Staub auf die benachbarten Ackerflächen geweht werden." Die Bürgerinitiative fordert das Abräumen und fachgerechte Entsorgen der Scherben.

Die Gutachten-Aussage, dass eine Grundwassergefährdung derzeit nicht vorliege, beruhigte nicht. "Irgendwann sind auch die Sande, die die Giftstoffe festhalten, nicht mehr funktionstüchtig", so Helmbold. Um Schadstoffeintrag in das Grundwasser zu vermeiden, fordert die Bürgerinitiative, den hochgradig belasteten Wall abzutragen. "Außerdem müssen die Behörden endlich die Betreiberpflichten durchsetzen", forderte Helmbold.

Die Interessensgemeinschaft hat Landrat Rolf-Oliver Schwemer mit Hinweis auf die Gesetzeslage schriftlich aufgefordert, das Schießen zu untersagen. "Wenn nach einer Frist nichts passiert, müssen wir sehen, wie wir weiter vorgehen." Ob die Bürgerinitiative aufgrund des Gutachtens erneut Anzeige gegen den Betreiber erstattet, müsse noch mit dem Anwalt besprochen werden.

www.schiesslaerm.de